

Antrag
der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP

betr. Notlage des Althausbesitzes.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, alsbald in Untersuchungen einzutreten und dem Hause Vorschläge zu unterbreiten, wie der immer drückender werdenden Notlage des Althausbesitzes (erstellt bis zum 31. März 1924) und der Bevorzugung eines Teiles der Meterschaft gegenüber dem anderen wirksam abgeholfen werden kann.

Die Bundesregierung wird insbesondere aufgefordert:

1. unverzüglich eine Regelung zu treffen, die die unterschiedliche Behandlung der Mieten und der Mieter gewerblicher Räume im Althausbesitz und den nach obigem Stichtag errichteten Gebäuden beseitigt;
2. dem Hause bis zum 1. Oktober 1951 Vorschläge zu unterbreiten, wie wenigstens eine teilweise Angleichung der Mieten in den Althäusern an die Mieten in den zwischen den beiden Weltkriegen mit öffentlichen Förderungsmitteln erstellten Gebäuden herbeigeführt werden kann, wobei auf die unbestrittenen wissenschaftlichen Gutachten verwiesen wird, nach denen durch eine angemessene Angleichung der Altmieten eine merkbare Verteuerung der Lebenshaltungskosten nicht bewirkt wird;
3. die zuständigen Preisbehörden anzuweisen, ab sofort von § 3 der Preisstopverordnung in einem Sinne Gebrauch zu machen, der der Notlage des Hausbesitzes, dem volkswirtschaftlich notwendigen Reparaturaufwand und der größeren Leistungsfähigkeit der Mieter Rechnung trägt;
4. des weiteren Vorschläge darüber zu machen, wie eine Besserstellung des Althausbesitzes über eine Vergünstigung im endgültigen Lastenausgleich-Gesetz gegenüber dem Soforthilfe-Gesetz und eine dem natürlichen Verschleiß und dem aufgestauten Instandsetzungsbedarf entsprechende Erhöhung der Abschreibungsquoten gewährt werden kann.

Bonn, den 5. Juli 1951

Dr. von Brentano und Fraktion
Euler und Fraktion
Dr. von Merkatz und Fraktion